

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 78 (1998)
Heft: 3

Artikel: Die Arbeit und ihr Markt
Autor: Schwarz, Gerhard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-165897>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gerhard Schwarz

DIE ARBEIT UND IHR MARKT

Es gibt keinen Mangel an Arbeit, sondern nur einen Mangel an bezahlbaren, marktgerechten Arbeitsplätzen. Arbeitszeitverkürzung verteuert die Arbeitskosten und verringert die Konkurrenzfähigkeit eines Unternehmens und eines Landes.

Die Fakten sind bekannt:

- In den OECD-Staaten sind heute rund 36 Mio. Menschen oder 7,5 Prozent der Erwerbsbevölkerung arbeitslos.
- Allein in der EU sind es 18,5 Mio. oder gegen 11,5 Prozent.
- In der Schweiz gab es in den zurückliegenden Wintermonaten über 200 000 Arbeitslose, nachdem 1973 nur gerade 81 Arbeitslose registriert worden waren.
- Das entspricht gut 5 Prozent der Erwerbsbevölkerung.
- Rund ein Drittel davon sind Langzeitarbeitslose (über ein Jahr). Dies ist zwar deutlich mehr als in den USA (10 Prozent), aber immer noch unter dem europäischen Schnitt (40 Prozent).
- In einzelnen Regionen hat die Arbeitslosigkeit schon fast «europäisches» Niveau erreicht.
- Am stärksten gestiegen ist die Jugendarbeitslosigkeit, beispielsweise in der Region Basel zwischen 1990 und 1993 bei den 15- bis 19jährigen um 1300 Prozent.

Auch wenn all diese Zahlen im internationalen Vergleich trotzdem noch recht human wirken – lange dauernde, unfreiwillige Arbeitslosigkeit ist ein Skandal. Sie ist zutiefst unsozial, und sie ist eine ökonomische Verschwendug, weil sie leistungswillige Menschen aus der Leistungsgesellschaft ausschließt und Ressourcen ungenutzt lässt. Allerdings muss man unterscheiden zwischen jener vorübergehenden, eher kurzfristigen Arbeitslosigkeit, die zwingend zu einer dynamischen Wirtschaft gehört und jener längerfristigen Arbeitslosigkeit, die eine Folge des Wohlfahrtsstaates und vieler institutioneller Verkrustungen ist.

Geht uns die Arbeit aus?

Schon 1980 hat der französische Linksintellektuelle André Gorz in seinem Buch «Abschied vom Proletariat. Jenseits des Sozialismus» vorgeschlagen, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit den «Arbeitsvorrat» neu und anders zu verteilen. Und eigentlich ist die Behauptung, wirtschaftlicher und *technischer Fortschritt* sei mit Arbeitslosigkeit verbunden, mindestens so alt wie die Industrialisierung. Denn spätestens

seit Beginn der Industrialisierung wird die Rationalisierung mit dem Vorwurf belastet, sie vernechte Arbeitsplätze – das traf auf die Dampfmaschine genauso zu wie später auf die Automatisierung und heute auf die Informatisierung. Dahinter steckt eine gewisse Phantasielosigkeit, ein statisches Denken. Der technische Fortschritt erhöht natürlich die Produktivität bestimmter Tätigkeiten und reduziert dort den Bedarf an Arbeitskräften. Das ist unbestreitbar. Aber gleichzeitig schafft der technische Fortschritt – und das geht weitgehend vergessen – einen enormen Bedarf an neuen Arbeitskräften in neuen Branchen und neuen Tätigkeiten, und er schafft Wohlstand und damit zusätzliche Nachfrage. Tatsache ist jedenfalls, dass mit der Industrialisierung so viele zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen wurden wie nie zuvor, dass das enorme Bevölkerungswachstum erst durch die produktivitätssteigernde Wirkung der Maschinen ermöglicht wurde. Der wohl bedeutendste liberale staatsphilosophische Denker dieses Jahrhunderts, *Friedrich August von Hayek*, hat mehrfach darauf hingewiesen, dass etwa 75 Prozent der heute lebenden Menschen dem technischen Fortschritt nicht nur ihren Arbeitsplatz, sondern letztlich ihr Leben verdanken. Dass die These von der Arbeitsplatzvernichtung durch technischen Fortschritt fragwürdig ist, zeigt sich im übrigen auch im internationalen Vergleich: Es gibt unter den modernen Volkswirtschaften solche mit 12 Prozent Arbeitslosigkeit und solche mit 3 Prozent. Diese Differenz lässt sich nicht mit dem technischen Fortschritt erklären.

Unmittelbar mit der These vom arbeitsplatzverniichtenden technischen Fortschritt verknüpft ist jene von der *Sättigung der Bedürfnisse*. Sie ist weder mikroökonomisch, also auf das Individuum bezogen, noch makroökonomisch, also in volkswirtschaftlicher Betrachtung, richtig. Der amerikanische Ökonom *Paul Krugman*, bekannt für seine deutliche Sprache, hält die These schlicht für dümmlich. Richtig ist sicher: Nachfrage kennt letztlich keine Gren-

zen. Jeder, der im Leben steht, weiss, wie viele Wünsche – vielleicht ausserhalb der kleinen Zahl von Höchstverdienenden – offen sind und dass die meisten Menschen sich eben nicht mit dem zufrieden geben, was sie haben. Man mag das bedauern, aber es ist eine Gegebenheit. Dabei sind es keineswegs nur «umweltbelastende» Wünsche, es sind somit auch nicht immer nur Wünsche nach noch mehr Gütern, sondern zunehmend solche nach Dienstleistungen – aber auch das sind Wünsche, die, sollen sie befriedigt werden, Arbeit voraussetzen. Dass es auch keine *allgemeine* Sättigung gibt, zeigen die unvermindert harren, ja sich eher intensivierenden Kämpfe um Einkommensverbesserungen und Umverteilung. Woher, wenn nicht aus ungesättigten Bedürfnissen, nährte sich sonst dieser Kampf?

Wenn aber weder technischer Fortschritt noch Sättigung der Bedürfnisse die Ursache von Arbeitslosig-

*Wo die Arbeit zu teuer ist,
schafft auch eine vermeintlich gerechte
Rationierung der Arbeitsplätze nicht
den Weg zur Vollbeschäftigung.*

keit sind, woran liegt es dann, dass wir eine so hohe und in der letzten Zeit permanent steigende Arbeitslosigkeit haben? Die Antwort ist aus ökonomischer Sicht ziemlich klar. Strukturelle Arbeitslosigkeit ist niemals die Folge des Marktgeschehens, sondern stets das Ergebnis politischer Interventionen von seiten des Staates und der Sozialpartner. Es gibt letztlich keinen Mangel an Arbeit, sondern nur einen *Mangel an bezahlbaren, marktgerechten Arbeitsplätzen*. Horst Siebert, als Leiter des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, einer der einflussreichsten Ökonomen Deutschlands, formuliert es klar und unmissverständlich: Mehr Beschäftigung und weniger Arbeitslosigkeit kann es in einer Marktwirtschaft nur geben, wenn die Arbeitsproduktivität, die Wertschöpfung pro Beschäftigtem, stärker steigt als die Löhne. Im umgekehrten Fall ist es für die Unternehmen praktisch zwingend, dass sie Arbeit durch Kapital ersetzen oder dass sie im Ausland investieren müssen. Wichtig ist hierbei, dass man nicht in volkswirtschaftlichen Durchschnittszahlen denkt, sondern erkennt, wie sehr es immer auf die Lage des jeweiligen Unternehmens, der jeweiligen Branche ankommt.

Natürlich ist, wie schon erwähnt, mit zu hohen Arbeitskosten nicht alle ausgewiesene Arbeitslosigkeit und nicht der ganze Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Schweiz erklärt. Vielmehr gehören hier Aspekte wie Änderungen in der statistischen Erfassung der

Arbeitslosigkeit oder die Gestaltung der Arbeitslosenversicherung ins Bild gerückt. Klar ist auch, dass es auf funktionierenden Märkten – auch einem funktionierenden Arbeitsmarkt – immer *Puffer und Reserven* geben muss, und dass es deshalb immer das, was man Sucharbeitslosigkeit und friktionelle Arbeitslosigkeit nennt, geben wird. Nur: Die gegenwärtigen Arbeitslosenquoten sind abnormal hoch, sie sind deutlich höher als früher, und sie sind aus einer sozialen Warte schlicht zu hoch. Dazu kommt, dass auch die *Konjunkturschwankungen* in einem gewissen Ausmass unvermeidbar sind – wobei sich diese Art von Arbeitslosigkeit mit jedem Konjunkturaufschwung ja von selbst erledigt. Um diese Phänomene geht es hier und heute also nicht, und sie wären durch eine allfällige Reduktion der Arbeitszeiten auch nicht zu bekämpfen. Die Arbeitslosigkeit, über die wir nachdenken müssen, ist also praktisch ausschliesslich jene, die man *strukturelle Arbeitslosigkeit* nennt.

Der Irrweg der Arbeitszeitverkürzung

Wo die Arbeit zu teuer ist, ist auch eine vermeintlich gerechte Rationierung der Arbeitsplätze – und nichts anderes ist eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung – nicht der Weg zu Vollbeschäftigung. Sie ist – zumindest ohne volle Anpassung der Löhne – ein grundsätzlicher Denkfehler, denn sie *verteuert die Arbeitskosten* und macht damit ein Land, ein Unternehmen weniger konkurrenzfähig. Nicht umsonst weisen Länder mit langen Jahresarbeitszeiten – Japan, die USA und die Schweiz – relativ niedere Arbeitslosenquoten auf. Und das Jobwunder «USA» ging nicht mit einer Verringerung der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit einher, sondern diese blieb mit 1950 Stunden im Vergleich zu den europäischen Ländern hoch, und sie blieb weitgehend konstant. Dazu kommen noch einige weitere Ungereimtheiten, von denen hier nur einige kurz genannt seien:

- Nicht jede Arbeit ist *beliebig* teilbar. Ein Kleinbetrieb mit drei Beschäftigten kann bei einer generellen Reduktion der Arbeitszeit um 10 Prozent nicht ohne weiteres 0,3 Arbeitseinheiten zusätzlich gewinnen und vernünftig einsetzen. Nicht von ungefähr kennen daher auch heute nur zwei Drittel der Kleinunternehmen flexiblere Arbeitszeitformen, dagegen fast 95 Prozent der Grossbetriebe.
- Zwar wird behauptet, Arbeitszeitverkürzung führe zu ausgeruhteren, leistungsfähigeren und motivierteren Mitarbeitern und damit zu höherer *Produktivität*. Das mag manchmal stimmen, aber keineswegs überall. Der Koordinationsaufwand nimmt fast zwingend zu, zum Teil sogar enorm. Außerdem fallen überall dort, wo Arbeiten nicht sehr repetitiv sind, zum Teil relativ hohe Fixkosten an. Man muss sich à jour halten, man muss über alles, was das Geschäft, die Abteilung usw. in ihrer Ganzheit betrifft, unterrichtet sein, ob man nun 50 Prozent oder 100 Prozent arbeitet.
- Die *Qualifikation* der Arbeitslosen stimmt nicht mit dem überein, was durch die Arbeitszeitreduktion an Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen wird.

- Allgemeine Arbeitszeitverkürzung heisst nichts anderes, als dass alle weniger arbeiten müssen, auch jene, die mehr arbeiten und mehr verdienen möchten. Das ist nicht nur unliberal, sondern kann auch kontraproduktiv werden. Weil gerade weniger Qualifizierte ihr Einkommen in der Regel nur durch mehr Arbeits-einsatz, also mehr Arbeitszeit, erhöhen können und nicht durch den Aufstieg auf der Karriereleiter, bleibt ihnen zur Erhöhung des Einkommens nichts anderes übrig, als einen zweiten Arbeitsplatz zu suchen. Wir kennen diese Entwicklung – meist in Form eines Abdriftens in die Schwarzarbeit – aus unzähligen Ländern.

Eine Umfrage unter Arbeitnehmern aus Deutschland bestätigt diese Überlegungen weitgehend:

- Je rund 30 Prozent der Befragten möchten länger arbeiten bzw. weniger lang arbeiten als die gegenwärtige tarifliche Arbeitszeit.
- Mehr als 50 Prozent geben an, als Folge allgemeiner (tariflicher) Arbeitszeitverkürzung einen höheren Arbeitsdruck zu verspüren und zusätzlich Überstunden zu leisten, nur 13 Prozent bemerken die Wirkung von Neuanstellungen.
- Weniger als 20 Prozent sind der Meinung, ihr Arbeitsplatz sei durch die Arbeitszeitverkürzung sicherer geworden.
- Rund 90 Prozent wären zu flexiblerer Arbeit – im Sinne von längerer Mehrarbeit bei Bedarf und entsprechend kürzerer Arbeitszeit in schlechteren Zeiten – bereit.

Flexibilisierung statt Verkürzung

Vor diesem Hintergrund kann Arbeitszeitverkürzung nur dann sinnvoll sein, wenn sie nicht generell, sondern *individuell* vollzogen wird und wenn sie die Kosten der Arbeit nicht erhöht, sondern – je nach Situation – sogar senkt. So sollten Arbeitsverträge statt einer Punktfixierung eine Bandbreite von Arbeitszeit und entsprechender Entlohnung in Abhängigkeit von der Auftragssituation vorsehen. Ferner sollte nicht nur die Wochenarbeitszeit, sondern auch die Jahres- und Lebensarbeitszeit viel flexibler gestaltbar gemacht werden. Das, was *Peter Gross* die monogame Arbeit nennt, also bei einer Firma ein Leben lang, Woche für Woche 40 oder 42 Stunden, muss durch abwechslungsreichere und variablere Gestaltungsformen abgelöst werden. Das stellt Anforderungen an die Flexibilität der Unternehmen. Aber die Arbeitnehmer müssen ihrerseits – und damit sind wir beim Stichwort «teuer» – auch bereit sein, die Kosten ihrer stärkeren Zeitsouveränität zu tragen. Sie ist nämlich nicht gratis. Sogenannte *Sabbaticals* beispielsweise sind aus meiner Sicht häufig eine Investition in das wichtigste Kapital, über das jemand verfügt, nämlich in seine Fähigkeiten. Sie werden häufig dazu benutzt, das einmal erworbene Wissen nicht absterben zu lassen. Insofern wären *Sabbaticals* von den Arbeitnehmern zu finanzieren – und von den Unternehmen allenfalls dadurch zu honorieren, dass sie den Lohn stärker anheben als ohne diese Investition bzw. dass sie ihn gleich belassen, anstatt ihn zurückzunehmen.

Eine besondere Rolle müssen und können sicher *Teilzeit- und Temporärarbeit* spielen. In der Schweiz

sind fast 28 Prozent der Beschäftigten (also über eine Million Personen) teilzeitbeschäftigt – Tendenz steigend. Damit steht die Schweiz an zweiter Stelle in Europa, hinter den Niederlanden mit gegen 40 Prozent. Man rechnet, dass in 25 Jahren mindestens jeder zweite Arbeitsplatz ein Teilzeitarbeitsplatz ist. Temporärarbeit ist wohl noch um einiges älter als ge-regelte Teilzeitarbeit, denkt man an den Arbeitsanfall in der Erntezeit in der Landwirtschaft oder an Gross-baustellen, etwa beim Eisenbahnbau. Temporärarbeit ist zu sehr stigmatisiert, sie gehört aufgewertet, ge-rade in einer Zeit, in der monogame Arbeit ohnehin an Bedeutung verliert und in der Job- und Berufs-wechsel weit häufiger werden, ja werden müssen.

Lohnspreizung statt Lohnsenkung

Die Erkenntnis, dass Nachfrage nach Arbeit zuhau vorhanden ist, führt zur unbequemen Frage, wie man diese Nachfrage nach Arbeit in Arbeitsplätze verwan-delt. Die Antwort lautet: über *markträumende Löhne*. Wieviel Arbeitskräfte eingestellt werden, hängt letzt-lich von den Gesamtkosten – Lohn, Nebenkosten, Arbeitsplatzkosten, aber auch von indirekten Kosten wie erschwerete Kündigung usw. – ab. Das heisst je-doch nicht, dass das Lohnniveau in der Schweiz oder in anderen Industrieländern generell massiv gesenkt werden müsste. Ein Lohn- oder Kostenwettlauf nach unten ist nicht nur nicht nötig und möglich, sondern wohl kontraproduktiv. Wir landeten sonst schliess-lich bei Monatslöhnen, die einem heutigen Stund-lohn entsprechen würden. Dennoch gilt: Wenn es nicht gelingt, die Arbeit in der Schweiz, in Deutsch-land usw. rentabler zu machen, gibt es keine Chan-cen für die Arbeitslosen.

Das Problem der europäischen Industrieländer ist nicht, jedenfalls nicht so sehr, ein zu hoher Durch-schnittslohn, sondern die mangelnde *Spreizung der Löhne*. Damit werden vor allem die weniger qualifi-zierten, ungelernten Arbeitskräfte aus dem Markt gedrängt. Sie sind dann die ersten Kandidaten für Langzeitarbeitslosigkeit. Löhne müssen wieder ver-mehrt Marktbedingungen gerecht werden und rela-tive Knapphheiten signalisieren. Die Löhne müssen also mehr als bisher der unterschiedlichen Qualifika-tion, den jeweiligen lokalen Verhältnissen und der Situation von Branchen und Unternehmen Rech-nung tragen. Das kann auch helfen, auf marktkon-forme Weise den Abbau nicht mehr wettbewerbs-fähiger Arbeitsplätze in schrumpfenden Branchen zu verlangsamten und damit sozial verträglicher zu ge-stalten. Sogar das Forschungsinstitut der Deutschen Bundesanstalt für Arbeit – alles andere als eine Hochburg der Marktwirtschaft – schreibt, es ent-stehe «der Eindruck, dass bei den gegenwärtigen Wachstumsraten der Wirtschaft ein Beschäftigungs-

wachstum ohne verstärkte Lohndisparitäten (nach unten) nicht möglich» sei. Die Lohnspreizung muss dabei weit genug sein, um das gesamte Spektrum an Qualifikation und relativer Knappheit abzudecken.

Die USA haben in den letzten Jahren keineswegs nur Billigjobs geschaffen, im Gegenteil: Das Durchschnittseinkommen der neuen Jobs lag über dem der bereits bestehenden Arbeitsplätze, was in einer boomenden Wirtschaft auch normal ist. Aber die USA haben auch einfache Arbeitsplätze in grosser Zahl geschaffen – im Detailhandel, im Unterhalt von Haus und Garten, an den Tankstellen, in den Restaurants und im Tourismus. Wir sollten endlich aufhören, diese Arbeitsplätze gering zu achten. Die Nachfrage nach persönlichen Dienstleistungen besteht, sie ist nicht ehrenrührig – und die Erbringung dieser Dienstleistungen ist ebenfalls nicht ehrenrührig. Die Lohnhöhe spielt dabei natürlich ebenfalls eine Rolle. In den USA liegen die Löhne im Detailhandel bei etwa 60 Prozent der durchschnittlichen Industrielöhne, in Europa dagegen bei 100 Prozent. Das Prinzip «gleicher Lohn für gleiche Arbeit» steht vor diesem Hintergrund übrigens der Vollbeschäftigung ebenfalls im Wege. So sollte es zum Beispiel möglich werden, Neuangestellten weniger – oder aber auch mehr – Lohn zu zahlen als bereits Beschäftigten, je nachdem, ob die nachgefragte Qualifikation am regionalen Arbeitsmarkt reichlich angeboten wird oder nicht.

Das Problem von markträumenden Löhnen besteht allerdings darin, dass Löhne und Sozialbeiträge nicht nur Kostenfaktoren sind, sondern als *Arbeitseinkommen* für viele Menschen die einzige Quelle ihres Lebensunterhalts. Das Einkommen dieser Menschen darf nicht unter ein tolerierbares Minimum sinken, sollen sie nicht völlig in die Verarmung und ins Elend abrutschen. Der Fehler, den man in Europa begeht, besteht jedoch darin, dass man die Einkommenssicherung an den Lohn knüpft. Man will verhindern, dass es zu *working poor* kommt, zu schlechtbezahlten Arbeitskräften, und man übersieht, dass man mit dieser Politik Arbeitslose in grosser Zahl produziert, die zwar ein meist ganz respektables Arbeitslosengeld beziehen, aber eben doch ohne Arbeit sind – und es auch bleiben, weil ihre Beschäftigung zu teuer ist. Das Ziel muss daher sein, Niedriglohnempfänger finanziell zu unterstützen, die Löhne aber durchaus auf ihr Gleichgewichtsniveau sinken zu lassen. Der Wohlfahrtsstaat sollte sich also von der Arbeitslosenhilfe zu Aufstockungszahlungen für Haushalte mit niedrigen Einkommen (natürlich nach Prüfung der Bedürftigkeit und der Vermögensverhältnisse) verlagern.

Deregulierung

Die blosse Spreizung der Löhne bzw. der Lohnkosten dürfte indessen nicht genügen, um Vollbeschäftigung

zu erzielen. In Europa dominiert nach wie vor die Vorstellung, der Arbeitsmarkt sei *kein Markt wie jeder andere*, er könne und dürfe nicht so wie jeder beliebige andere Markt gestaltet werden, also auf der Basis des Wettbewerbs. Das stimmt in Teilen – aber es stimmt sicher nicht in dem Ausmass, wie dies behauptet wird. Und es ändert nichts daran, dass die Folgen der nicht-marktkonformen Gestaltung zum Teil horrend sind. Der früher in Bern und heute in Köln lehrende *Carl Christian von Weizsäcker* hat die Abweichungen vom Marktprinzip einmal ganz deutlich formuliert:

- Man hat den Arbeitsmarkt vom Kartellverbot ausgenommen; euphemistisch nennt man dies bei uns Sozialpartnerschaft. Auf diese Art wird «sozialer Friede» mit Arbeitslosigkeit erkauft.
- Man hat den Arbeitnehmern das Recht auf schadenersatzfreien Vertragsbruch zugesprochen (in Form des Streikrechts).
- Man verunmöglicht zum Teil den Arbeitgebern, streikende Arbeitnehmer durch andere zu ersetzen (wie dies in den USA gang und gäbe ist).
- Man hat einen ausgebauten Kündigungsschutz geschaffen, der die Vertragsfreiheit einengt.

Die Folgen von all dem sind nichtfunktionierende Märkte, ungenügende Anpassungen an veränderte Verhältnisse, vor allem aber Überkapazitäten, sprich: Arbeitslosigkeit. Andere Länder haben dies längst erkannt – und haben mit der Deregulierung Erfolg. Was Wunder, dass das Basler Prognos-Institut für die USA bis zum Jahr 2005 zusätzliche 16 Mio. Arbeitsplätze erwartet, für Deutschland dagegen nur etwa 400 000.

Zu den nötigen *Deregulierungen am Arbeitsmarkt* gehörte die leider vom Volk abgelehnte Flexibilisierung der Arbeitszeit mit Blick auf Nacht- und Wochenendarbeit, die Abschaffung jeglicher Mindestlöhne – die heute leider dazu führen, dass bei persönlichen Dienstleistungen viele Beschäftigungsmöglichkeiten in der Schweiz gar nicht genutzt werden –, die Reform der Arbeitslosenversicherung, eine Lockerung des Kündigungsschutzes und die Unterstellung des Arbeitsmarktes unter das Kartellgesetz, um nur einige wichtige zu nennen. Dänemark beispielweise gehört zu den Ländern mit dem weltweit geringsten Kündigungsschutz. Die Gewerkschaften stört dies nicht, weil das Auffangnetz komfortabel ist. Die Arbeitgeber und die Arbeitslosen aber freut es. Um es auf den Punkt zu bringen: Für ein Projekt mit unsicheren Chancen, für das zwanzig Leute benötigt werden, wird man sicher nach Dänemark gehen und nicht nach Deutschland, wo es unendlich viel teurer ist, die Beschäftigten notfalls wieder zu entlassen.

Gemäss einer Studie der Unternehmensberatungsfirma *McKinsey* sind aber fast mehr noch als die Arbeitsmarktregulierungen die *Produkt- und Branchenregulierungen* schuld an der hohen Arbeitslosigkeit in Europa. Ein einleuchtendes Beispiel ist der Detail-

handel, der im Durchschnitt in hochentwickelten Staaten etwa zehn Prozent der Beschäftigung ausmacht. In den USA war der Detailhandel eine wichtige Beschäftigungschine, in Frankreich dagegen ist die Beschäftigung im gleichen Zeitraum zurückgegangen. Für *McKinsey* ist klar, dass die rigiden Zonen- und Bauvorschriften und die – in Frankreich allerdings weniger als in Deutschland – vorsintflutlichen Ladenöffnungszeiten wesentlich an diesem Unterschied schuld sind.

High Tech und Dienstleistungen als Job-Maschinen

Doch wo sollen denn überall Arbeitsplätze entstehen? Ich nenne hier nur einige Stichworte, die neue Berufsfelder ansprechen, wie Multimedia, Biochips, Gentechnik, Nanoelektronik, Anti-Noise-Technik, Multisensor-Roboter, Faser-Optik, Opto-Elektronik, Law-Earth-Orbit, Vakuum-Field-Energy – die Liste lässt sich fast beliebig verlängern. Und sie deutet an, dass uns höchstens unsere Phantasie Grenzen setzt, nicht aber die technische Entwicklung.

Ausserdem zeigen die erfolgreichen Arbeitsplatzschaffer USA, Grossbritannien oder Neuseeland, dass die Zukunft ganz offensichtlich den *Dienstleistungen* gehört. Von den in den USA seit 1990 geschaffenen Arbeitsplätzen entfallen fast 80 Prozent auf den Dienstleistungssektor. Unsere Struktur hinkt der der USA um etwa 20 Jahre hinterher. Dienstleistungen heißt hier sowohl hochqualifizierte Dienstleistungen als auch einfache Dienstleistungen. Letztere sollten wir endlich von ihrem Dienstbotengeruch befreien. Im Vordergrund stehen aber natürlich die höherqualifizierten Dienstleistungen. Die USA haben prozentual etwa dreimal mehr hochqualifizierte Dienstleistungsarbeitsplätze (Manager, Techniker usw.) geschaffen als Europa. Im besonders gut zahlenden Software-Bereich beschäftigen die USA beispielsweise prozentual 50 Prozent mehr Leute als Deutschland oder Frankreich, wobei sich gezeigt hat, dass der Boom im Detailhandel enorme Impulse für die Elektronik-Branche gebracht hat – und umgekehrt.

Hier gibt es also noch reichlich Potential – man muss es nur nützen. Auch ein Blick auf die Entwicklung in Deutschland bestätigt dies. Von den 20 Branchen mit den höchsten Beschäftigungsgewinnen in Westdeutschland zwischen 1976 bis 1994 kommen 19 aus dem Dienstleistungssektor, erst an zwanzigster Stelle taucht mit der Kunststoffverarbeitung (+90 000 neue Jobs) eine Industriebranche auf. Am meisten neue Arbeitsplätze gab es gemäss dieser Untersuchung im freiberuflichen Gesundheitswesen (240 000), in der Unternehmensberatung (210 000), im sonstigen Einzelhandel (210 000) und bei den Architekturbüros (200 000). Es gäbe wahrscheinlich,

wie *Robert Nef* (Wo es Arbeit gibt, «liberal», Heft 3, August 1997, S. 28) zu Recht betont, noch viel mehr neue und zusätzliche Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich, wenn nicht der Staat eine grosse Zahl von Dienstleistungen (Soziales, Bildung, Gesundheit) monopolartig und unterpreislich anbietet. Durch diese Dumping-Politik wird das Wachstum ganzer Branchen gebremst und vor allem ein differenziertes freies Angebot im Mittelfeld verhindert. Ganz im Gegensatz zu den Thesen des Sozialethikers *Hans Ruh* scheint mir daher nicht eine neue Marktlandschaft nötig, in der sich Menschen in einer zweiten Arbeitszeit in sozialen Projekten engagieren, sondern im Gegenteil, die Öffnung der sozialen Arbeit für den Markt.

Unternehmer braucht das Land

Eine Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allesbach in Deutschland erbrachte auf die Frage, wer denn Arbeitsplätze schaffe, bemerkenswerte Resultate: Nur 12 Prozent denken im Zusammenhang mit Arbeitsplatzbeschaffung an den Unternehmer als konkrete Person, weitere 16 Prozent nennen die Unternehmen in der anonymen Form. Dagegen denken 30 Prozent an den Staat, bis hin zur grossartigen Feststellung: «*Neue Arbeitsplätze schafft die Regierung*.» Doch man kann mehr Unternehmertum weder verordnen noch herbeibeten – man kann nur ein Klima schaffen, in dem es besser gedeiht, in dem Unternehmer gewissermassen aus dem Boden spriessen, weil sich Leistung wirklich lohnt. *Helmut Schelsky* hat schon Mitte der siebziger Jahre die schleichende Verunselbständigung der Menschen beklagt. In Deutschland ist die Selbständigen-Quote von 20 Prozent auf 8 Prozent gesunken. Dieser Trend muss eine Umkehr erfahren – und die vielzitierten gesetzlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen genügen dafür vermutlich nicht. Es braucht so etwas wie einen geistigen Umschwung – Mut zum Aufbruch wäre eine treffende Umschreibung, wenn sie nicht unglücklich diskreditiert worden wäre –, es braucht eine verstärkte Bejahung und Anerkennung von Leistungsbereitschaft, von Schaffensfreude, von selbstverantwortlicher Existenzsicherung. In einer solchen Gründerstimmung gibt es, dessen bin ich sicher, genügend bezahlbare Arbeit für alle und genügend Wohlstand für alle. ♦

GERHARD SCHWARZ, geboren 1951 in Hard (Vorarlberg). Studium, Assistententätigkeit und Promotion zum Dr. oec. an der Universität St. Gallen. Nach Auslandaufenthalten in den USA und Lateinamerika trat er 1981 in die Wirtschaftsredaktion der «Neuen Zürcher Zeitung» ein, die er seit 1994 leitet. Lehrbeauftragter an der Universität Zürich. Träger des Ludwig Erhard-Preises 1996.

Hingewiesen sei auf das Dossier «Arbeitslosigkeit – Alptraum und Herausforderung» in den «Schweizer Monatsheften» vom Februar 1998.